

(I) Vorgeschichte und Reformpolitik 1972 bis 1980

Wie von zahlreichen Meinungsumfragen vorhergesagt, unterlag bei den jamaikanischen Parlamentswahlen am 30. Oktober 1980 die regierende »Peoples National Party« (PNP) unter ihrem Vorsitzenden Michael Manley. Die konservative Opposition, die »Jamaica Labour Party« (JLP) übernahm mit 52 der 60 Parlamentssitze die Macht auf der Karibikinsel. Die PNP war 1972, zehn Jahre nachdem Jamaika seine Unabhängigkeit von Großbritannien erlangt hatte, an die Macht gekommen. Zuvor war die Insel brav im Fahrwasser der USA geschwommen und hatte sich als deren zuverlässiger Bündnispartner in der Karibik profiliert. Für die nordamerikanischen Bauxitkonzerne und andere Unternehmen hatte sich Jamaika zu jener Zeit als wahre Goldgrube erwiesen, und das Land erlebte eine etwa zwanzig Jahre anhaltende scheinbare wirtschaftliche Blüte mit ansehnlichen Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts. Allerdings hatte die wirtschaftliche Entwicklung jener Jahre nicht nur die Ansiedlung zahlreicher ausländischer Firmen mit sich gebracht und dem Land eine bedeutende Tourismusbranche beschert, sondern auch zunehmende soziale Probleme.

Nach wie vor bezieht in Jamaika die größte Gruppe der Bevölkerung Arbeit und Einkommen aus der Landwirtschaft (36 % der Beschäftigten)¹, obwohl dieser Wirtschaftssektor nur noch neun Prozent zum Bruttosozialprodukt beiträgt.² 98 % der landwirtschaftlichen Betriebe verfügen nur über 37 % des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens, während der Rest von einigen Großgrundbesitzern kontrolliert wird oder sich in den Händen ausländischer Konzerne befindet. Die Kleinbetriebe wirtschaften weitgehend auf Subsistenzbasis und bringen nur geringe Überschüsse auf den Markt. Die Großbetriebe bauen keine Lebensmittel für den Binnenmarkt an, sondern fast ausschließlich Zuckerrohr und Bananen für den Export. Diese Strukturen bescheren Jamaika jährliche Deviseneinnahmen von etwa 122 Millionen Dollar für exportierten Zucker und für Bananen. Gleichzeitig kosten sie dem Land 232 Millionen Dollar für den Import von Nahrungsmitteln, darunter vor allem Grundnahrungsmittel.³ Die Industrie trägt inzwischen zusammen mit dem Bergbau über 27 % zum Bruttosozialprodukt des Landes bei,⁴ obwohl in diesen Bereichen nur elf Prozent der Beschäftigten tätig sind.⁵ Die wichtigsten Devisenquellen des Landes sind noch vor dem Zucker der Export von Aluminiumerz (Bauxit) und der Tourismus. Jamaika ist der zweitgrößte Bauxitproduzent der Welt und Hauptversorger der USA, die etwa die Hälfte ihres Bedarfs aus Jamaika importieren. Die Bauxitindustrie wird von einer handvoll nordamerikanischer Bauxitkonzerne (Reynolds, Kaiser, AlCoA, AlCan) beherrscht. Die zwei Millionen Jamaikaner verfügten im Jahr 1977 über ein durchschnittliches Prokopfeinkommen von ca. 1200 US Dollar und stehen damit im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern in der obersten Gruppe.⁶ Aus dem stagnierenden Agrarsektor strömten seit den Fünfzigerjahren die Menschen um besserer Verdienstmöglichkeiten willen in die Ballungszentren.

Kingston blähte sich zu einem Wasserkopf auf, der mehr als ein Drittel der Menschen des Landes beherbergt, meist in elenden Bretter- und Wellblechbuden, die in zunehmenden Maße das Stadtbild beherrschen und in drastischer Weise verdeutlichen, daß die wirtschaftliche Entwicklung völlig ungleichmäßig wucherte und hohe Wachstumsraten der Mehrheit der Bevölkerung keineswegs Wohlstand brachten. Die wachsenden sozialen Konflikte führten schließlich zur politischen Wende und zum Regierungsantritt der PNP im Jahre 1972.

Die PNP ist Mitglied in der »Sozialistischen Internationale« und Michael Manley einer ihrer Vorsitzenden. Entstanden ist diese Partei, wie auch ihre konservative Gegenspielerin JLP, in den Dreißigerjahren, als einerseits die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise der jamaikanischen Bevölkerung erhebliche Lasten aufbürdeten und andererseits die zuvor dahinvegetierende Zuckerindustrie unter der Regie multinationaler Lebensmittelkonzerne ausgebaut wurde. Die United Fruit Company und Tate & Lyle errichteten große Zuckerraffinerien und erweiterten die Anbaufläche für Zuckerrohr.⁷ Damit war die Entstehung eines Landproletariats verknüpft, das die jamaikanische Gewerkschaftsbewegung und ihre Partei die JLP hervorbrachte. Diese degenerierte jedoch schon bald zu einem Instrument der jamaikanischen Bourgeoisie und wies gewisse populistische Züge auf. Die PNP repräsentierte den Mittelstand und wurde zur treibenden Kraft im Kampf für die Unabhängigkeit des Landes von Großbritannien. Der Sohn des Parteigründers Norman Manley, Michael Manley wurde nun 1972 Ministerpräsident. Die Politik der PNP strebte nach 1972 folgende Ziele an:

- Überführung der Bodenschätze und der Bergbauindustrien des Landes in Gemeineigentum
- Kontrolle über die Kommandohöhen der Wirtschaft
- Unterordnung privater Wirtschaftsinteressen und Investitionen unter die Ziele der nationalen Entwicklungsplanung.

Auf diese Weise erhoffte man sich einerseits größere Unabhängigkeit von den traditionellen Bindungen an Großbritannien und die USA und andererseits die Möglichkeit, die Lebensbedingungen der jamaikanischen Massen zu verbessern. Nach einer Phase des Übergangs propagierte die PNP Regierung diese Ziele seit 1974 unter der Überschrift »Democratic Socialism«. Unter diesem Vorzeichen wurde von der Regierung Manley die Telefongesellschaft, die Energieversorgung, der städtische Busverkehr und die größte Privatbank des Landes (Barclays) verstaatlicht. Ferner beteiligte sich die Regierung an einigen Industrieunternehmen des Landes. Besondere Bedeutung kam jedoch vor allem der Politik gegenüber den Bauxitunternehmen zu. Die Regierung erwarb Beteiligungen von 51 % an den jamaikanischen Tochterunternehmen der Firmen Reynolds und Kaiser sowie kleinere Anteile bei der »Aluminium Company of America« (AlCoA) und der »Aluminum Company of Canada« (AlCan).⁸ Im Agrarsektor übernahm die Regierung die größten Zuckerraffinerien und etwa ein Drittel der Anbaufläche von den ausländischen Konzernen. 1973 erließ die PNP Regierung den »Land Utilisation Act«, der es ihr ermöglichte, brachliegende Ländereien zu enteignen, und an landarme Kleinbauern, Arbeitslose und Landarbeiter zu verteilen. In den Jahren zwischen 1972 und 1980 kamen einige zehntausend Kleinbauern auf diese Weise zu mehr Anbaufläche.

Die sozialen Reformen der Regierung Manley erstreckten sich auf viele Gebiete. Durch die Einführung einer Art nationaler Bausparkasse, an der alle Lohnempfänger und Arbeitgeber beteiligt wurden, begann die Finanzierung von Billigwohnungen in den ländlichen Regionen. Ein Mindestlohn wurde für alle Branchen eingeführt ebenso wie ein Mutterschutz-

gesetz. Der Schulbau wurde beschleunigt und die Kapazitäten der Bildungseinrichtungen durch die Einführung eines Schichtbetriebes erheblich ausgedehnt. Dies mag genügen, um die Stoßrichtung der Reformpolitik anzudeuten.

Zur Finanzierung der sozialen Reformen und um das Leistungsbilanzdefizit des Landes, das sich in den Sechzigerjahren drastisch vergrößert hatte,⁹ auszugleichen, unternahm die Regierung Manley einen bedeutenden Schritt, der auch im Zusammenhang mit den Bemühungen der PNP um die Erhöhung und Stabilisierung der Rohstoffelöse der Entwicklungsländer im Rahmen der Abkommen von Lomé und im Streben nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu sehen ist. Die Bauxitkonzerne überließen bis 1972 nur 25 Millionen US Dollar p. a. an Abgaben der jamaikanischen Regierung. Dies entsprach etwa 1,4 % des Wertes des von den gleichen Konzernen in den USA und Kanada produzierten reinen Aluminiums. Die jamaikanische Regierung erhob seit 1973 eine Exportsteuer (Export Levy) für Bauxit und zu reinem Aluminiumoxyd gereinigtem Erz (Alumina), die 7,5 % des Weltmarktpreises für Aluminium betrug. Dies erhöhte die Einnahmen des jamaikanischen Staates schlagartig um das Siebenfache.¹⁰ Angesichts dieser Einnahmeerhöhung, die die Regierung den Konzernen abgerungen hatte, erreichte die Reform euphorie 1974 ihren Höhepunkt. Zur Absicherung ihrer Einnahmen aus der Bauxitindustrie initiierte die Regierung Manley die »International Bauxite Producers Association« (IBA), der alle wichtigen Bauxitförderländer angehörten. Ähnlich dem OPEC Kartell hoffte man den Weltmarktpreis für Bauxit wesentlich zu beeinflussen.

Um das Maß voll zu machen, reizte die Regierung Manley ihren mächtigen nördlichen Nachbarn noch mit der Aufnahme von Beziehungen zu Cuba, zur VR China und zur UdSSR. Cubanische Techniker und Bautrupps errichteten seither Schulen und Wohnanlagen in Jamaika. Fidel Castro besuchte 1975 die Nachbarinsel, und Michael Manley war mehrfach Gast in Guba.

Zwei Ereignisse deuteten jedoch schon 1974 an, daß der Kurs der Regierung Manley auf zunehmende Probleme stoßen würde. Seit diesem Jahr begannen die Bauxitkonzerne ihre Produktion zu reduzieren und in andere Staaten zu verlegen. Dies hatte eine Verringerung der staatlichen Einnahmen aus diesem Sektor um etwa ein Drittel zur Folge.¹¹ Die staatlichen Anteile verschafften der Regierung Manley keine ausreichende Kontrolle über die Operationen der Firmen. Die gegründete IBA erwies sich als nicht wirksam. Dies liegt einerseits in der breiten Streuung ihrer Mitglieder, andererseits in der Tatsache begründet, daß Bauxit keineswegs die Bedeutung für die Wirtschaft der Industrieländer besitzt wie das Öl, außerdem leichter ersetzbar ist und auch in Industrieländern in erheblichem Maße gefördert wird. Ein Konzern (Revere) stellte seine Produktion in Jamaika völlig ein, die übrigen konnten, nachdem 1979 die Regierung Manley finanziell ausgeblutet war, sogar gegen die Zusage, die Produktion wieder auf die alte Höhe zu bringen, eine Senkung der Exportsteuer durchsetzen.¹²

Der andere Störfaktor für die Politik der Regierung Manley war der Preisanstieg für das importierte Rohöl. Die Ausgaben kletterten von 44 Millionen Dollar im Jahre 1972 auf 177 Millionen Dollar im Jahre 1974.¹³ 1972 betrug der Anteil für Öl noch neun Prozent der Importausgaben. 1980 wird er bei 42 % liegen.¹⁴ Die Zahlen lassen erkennen, daß von der erhofften Geldschwemme aus dem Bauxitsektor zur Finanzierung der angepeilten Reformen nichts mehr übrig blieb. Jamaika traf die Erhöhung der Ölpreise besonders hart, da es zu den Entwicklungsländern mit dem höchsten Energieverbrauch pro Kopf der Bevölkerung zählt. Die Devisenbestände der »Bank of Jamaica« (BOJ) schrumpften von 1974 bis 1975

von 130 Millionen Dollar auf 56 Millionen Dollar.¹⁵ Noch bedrohlicher wurde die Lage 1976, als die ausländischen Kreditquellen zu versiegen begannen und immer deutlicher wurde, daß hier eine unbequeme Regierung destabilisiert werden sollte. Im Wahlkampf des Jahres 1976 überstieg das Maß der Gewalttätigkeit alle bisher bekannten Maße und legte den Schluß nahe, daß hier gezielte Provokationen vorgenommen wurden. In diesem Zusammenhang sind auch zahlreiche in den USA veröffentlichte Presseartikel zu sehen, die in reißerischer Art die amerikanischen Touristen aus Jamaika vergraulten. Der Touristenstrom sank schlagartig um etwa ein Drittel.¹⁶ Dies versetzte der jamaikanischen Leistungsbilanz den letzten entscheidenden Schlag. Ende 1976 betrug der Devisenbestand der BOJ minus 183,8 Mill. Dollar.¹⁷ Das Land stand vor dem Staatsbankrott. Obwohl die PNP die Dezemberwahlen von 1976 noch einmal klar für sich entscheiden konnte, stand 1977 im Frühjahr fest, daß entweder eine grundsätzliche Änderung der jamaikanischen Politik oder die Erschließung neuer Kreditquellen geboten war. In dieser Situation bot sich der Internationale Währungsfond (IWF) als Helfer in der Not an.

Die Linke innerhalb und außerhalb der PNP warnte eindringlich davor, sich auf die politischen Bedingungen einzulassen, die erfahrungsgemäß mit den Krediten des IWF verknüpft sind. Stets waren die liberalistischen Konzepte des IWF zur Sanierung von Zahlungsbilanzen von Entwicklungsländern mit enormen Lasten für die Masse der jeweiligen Bevölkerung verbunden gewesen. Daß die Vorschläge des IWF die wirtschaftlichen Probleme des Landes lösen können, glaubte auf dem linken Flügel der PNP niemand ernsthaft.

Eher wurde schon 1977 befürchtet, daß die Folgen der IWF Strategie das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung Manley unterminieren würden, eine realistische Annahme, wie sich drei Jahre später erweisen sollte. Trotzdem setzten sich der rechte Flügel und die Befürworter des Abkommens mit dem IWF durch. Die Gründe für diesen Vorgang liegen unter anderem in dem Fehlen einer kurzfristig erfolgversprechenden Alternativstrategie, die in der Bevölkerung durchsetzbar gewesen wäre. Immerhin gelang es der Regierung Manley in einem ersten Abkommen mit dem IWF 1977 noch moderate Kreditbedingungen zu erwirken. Nachdem jedoch das Land im Dezember 1977 die vom IWF gesetzten Kriterien zur weiteren Vergabe von Krediten nicht erfüllt hatte, verschärfte sich die Situation. Nach langwierigen Verhandlungen wurden Mitte 1978 die neuen Vereinbarungen zwischen der jamaikanischen Regierung und dem IWF bekannt.

(II) Formuliere Ziele des Internationalen Währungsfonds und seiner Protagonisten in Jamaika

Zwei der wesentlichsten Probleme der Wirtschaft sollten durch die Vereinbarungen zwischen der jamaikanischen Regierung und dem IWF einer Lösung näher gebracht werden, die chronisch negative Leistungsbilanz und das Negativwachstum des Bruttosozialprodukts. Ziel der IWF-Maßnahmen war, das Land mit ausreichenden Devisen zu versorgen, um seinen laufenden Zahlungsverpflichtungen gegenüber ausländischen Gläubigern nachkommen, seine wichtigsten Einfuhren finanzieren und genügend Devisen zur Verfügung stellen zu können, um ausländischen Investoren den Transfer von Gewinnen zu ermöglichen. Durch folgendes Paket von Maßnahmen glaubten die Befürworter der IWF Politik in Jamaika die gesetzten Ziele erreichen zu können:

1. Abwertung der jamaikanischen Währung um zuerst 33 %, dann in monatlichen Raten bis zu einer Gesamtabwertung von 50 %
2. Gewährung eines Kredits von insgesamt 240 Millionen US Dollar über einen Zeitraum von drei Jahren verteilt
3. Abschaffung der staatlichen Preiskontrollen in Jamaika
4. Garantie einer Gewinnmarge von mindestens 20 % für alle in- und ausländischen Privatunternehmen in Jamaika
5. Stopp der weiteren Ausdehnung des staatlichen Sektors der Wirtschaft
6. Begrenzung der Lohnerhöhungen im ganzen Land auf maximal 15 % p.a.
7. Steuererhöhungen im Gesamtwert von 180 Millionen US Dollar
8. Begrenzung des Wachstums des Kreditvolumens der privaten Banken für die Wirtschaft auf max. 10 % p.a.
9. Maßnahmen zur Anwerbung ausländischer Investitionen
10. Abschaffung der staatlichen Kontrolle des Auenhandels¹⁸

Anhand genau festgelegter Kriterien, die das Haushalts- und Finanzgebaren der jamaikanischen Regierung und der BOJ kontrollierten, wurde überprüft, ob das Land die Voraussetzungen für die nach und nach gewährten Teilkredite erfüllte und die geschlossenen Vereinbarungen einhielt.

Von der Vergabe der IWF Kredite erhoffte man sich auch eine Signalwirkung auf potentielle ausländische Investoren, gewissermaßen im Sinne einer vertrauensbildenden Maßnahme. Diesem Zweck dienten besonders die Teile des Abkommens mit der jamaikanischen Regierung, die eine Profitrate von 20 % und eine Politik der Reallohnsenkung garantierten. Hier wurde offen eine Einkommensumverteilung zugunsten der Unternehmen angekündigt, um neue Investoren zu werben und Mittel für Erweiterungsinvestitionen und die Sanierung maroder Betriebe zu akkumulieren. Die konkreten Angebote an ausländische Investoren umfaßten jedoch nicht nur hohe Profitmargen und Gewinntransfergarantien, sondern auch Steuerfreiheit bis zu zehn Jahren für exportorientierte Industriezweige und fünf bis neun Jahre für andere Betriebe. Vergleichbar sind diese Privilegien mit den Investitionsbedingungen in den Fünfziger- und Sechzigerjahren in Jamaika.

Neben der Einkommensumverteilung wurde eindeutig auf die Begrenzung des staatlichen Einflusses auf die Volkswirtschaft des Landes hingearbeitet. Die Kräfte des Marktes sollten so frei wie möglich einen Selbstregulationsproze in Gang setzen, der die Zahlungsbilanzschwierigkeiten des Landes bereinigt. Die Importe sollten durch die Abwertung und nicht durch die Vergabe von Importlizenzen begrenzt werden, wie dies von der PNP Regierung seit dem Jahre 1977 praktiziert worden war. Zu diesem Zweck war eigens die »State Trading Corporation« (STC) gegründet worden, die nach Prioritäten der staatlichen Entwicklungsplanung und entsprechend den zu erwartenden Deviseneinnahmen Importgenehmigungen verteilte.¹⁹

Das vom IWF angestrebte Wirtschaftswachstum sollte vor allem von den exportorientierten Sektoren der Wirtschaft initiiert werden, darunter an erster Stelle der verarbeitenden Industrie. Außerdem erhoffte man sich eine erhebliche Ausweitung in der Tourismusbranche. Der Aufschwung dieser genannten Bereiche sollte im Gefolge der Abwertung Kaufkraft und Einkommen schaffen zur Stimulierung weiteren Wachstums der Gesamtwirtschaft.

(III) Warum das IWF Paket für Jamaika keine wirtschaftlichen Erfolge verspricht

Jamaikas Wirtschaftsstrukturen sind in hohem Maße ungeeignet für Rezepte des IWF. Auf den ersten Blick erscheint es logisch, die Exportproduktion der Wirtschaft anzukurbeln, angesichts ihres hohen Anteils an der jamaikanischen Volkswirtschaft. Jamaikas Exporte bestehen jedoch vor allem aus Bauxit, Zucker und Bananen. Zusammen mit dem Tourismus bringen diese Sektoren dem Land über 85 % seiner Devisen ein.²⁰ Wenn außerdem noch die Getränke-, die Tabakindustrie und die übrigen tropischen Agrarprodukte (Fruchtsäfte, Konserven, Gewürze) vom Gesamtexport abgerechnet werden, bleiben ganze 10 % des Exportes des Landes für die verarbeitende Industrie, die nicht mit Agrarprodukten befaßt ist.²¹

Der Absatz von Zucker, Bananen und anderen Agrarprodukten kann durch die Abwertung kaum beeinflußt werden. Die Märkte für diese Produkte existieren zwar, doch liegt das Problem auf jamaikanischer Seite nicht in zu hohen Preisen für den Weltmarkt, sondern vielmehr in der insuffizienten Produktion begründet. Auch in der Vergangenheit konnten diese Wirtschaftszweige trotz Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt nicht in genügender Menge produzieren, obwohl die Zuckerindustrie z.B. jahrzehntelang durch kapitalstarke multinationale Unternehmen beherrscht wurde (United Fruit und Tate & Lyle). Der Ansatz, über den Preis den Absatz dieser Produkte zu fördern, ist untauglich. Überalterte Ausrüstung und Technologie, unwirtschaftliche Betriebsgrößen, Strukturen der Landverteilung, ineffizientes Management und heftige soziale Konflikte in diesem Teil der Exportindustrie wären geeigneter Ansatzpunkte bei dem Versuch, die Deviseneinnahmen des Landes zu erhöhen.

Im nichtagrarischen Teil der jamaikanischen Industrie – ohnehin ein kleiner Bereich – wird durch die Maßnahmen des IWF nicht nur der Hebel an der falschen Stelle angesetzt, sondern geradezu eine positive Entwicklung verhindert. Diese Betriebe verarbeiten fast ausschließlich eingeführte Rohstoffe auf der Basis importierter Maschinen und Ersatzteile. Eine Abwertung bringt für diese Industriebetriebe eine Verteuerung ihrer Produktion mit sich, die durch verstärkten Export und Lohnkostensenkungen keineswegs ausgeglichen werden kann, denn nur etwa ein Fünftel der Produktion dieser Betriebe geht in den Export, während der Rest für den nationalen Markt bestimmt ist.²² Die Kaufkraftverluste bei den jamaikanischen Verbrauchern als Folge der Abwertung werden diese Betriebe erheblich belasten. Nur bei solchen Betrieben könnte die Abwertung der jamaikanischen Währung positive Auswirkungen zeigen, deren Produktionsanteil für den Export überwiegt und deren Wertschöpfung groß genug ist, um über eine Senkung der inländischen Kosten spürbare Auswirkungen auf die Exportpreise zu erreichen. Wenn man sich die Betriebe der verarbeitenden Industrie ansieht, stellt man fest, daß hier vor allem Produkte der niedrigsten technologischen Komplexität exportiert werden, deren Lohnkostenanteil ohnehin relativ gering ist. Exportierte Waren dieser Kategorie sind z.B. Mineralöl und Schmierstoffe, Farbstoffe, Pharmazeutische Erzeugnisse, Reinigungsmittel, Toilettenartikel (Seife, Waschpulver), Eisenwaren. Sie umfassen etwa 70 % der exportierten Waren der verarbeitenden Industrie, die nicht mit Agrarprodukten befaßt ist. Insgesamt blieben jedoch auch bei einem Eintreten unerwarteter positiver Entwicklungen im verarbeitenden Sektor angesichts des geringen Anteils am jamaikanischen Gesamtexport nur minimale Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz des Landes zu verzeichnen. Entgegen den Prognosen des IWF stagnierte gerade dieser Bereich der Wirtschaft in den Jahren 1977 bis 1980. 1978 war sogar

ein Rückgang der Produktion um 4,8 % zu melden.²³ Neben den Hindernissen, die die Verteuerung der Rohstoffe und der Maschinen der Industrie in den Weg legen, steht einem zusätzlichen Export die fast unüberwindliche Konkurrenz auf dem Weltmarkt gegenüber. Andere Entwicklungsländer, die mit geringeren Lohnkosten und gut etablierten Handelsbeziehungen zu interessanten Absatzmärkten arbeiten (Taiwan, Korea, Hongkong) operieren gerade in den Branchen, die auch in Jamaika am ehesten geeignet wären, um als Exportindustrie ausgebaut zu werden. Beispielsweise ist Jamaika in der Textilindustrie weitgehend Selbstversorger, hat jedoch international kaum Chancen, Absatzgebiete zu erobern.

Die nachfragedämpfende Wirkung auf den Import nach der Abwertung kann ebenfalls nicht in dem Maß zur Stimulierung importsubstituierender Produktion dienen, wie dies mittelfristig angestrebt wird, da die meisten importierten Waren ohnehin sinnvollerweise nicht im Inland erzeugt werden können. Im Jahre 1977 wurden alleine 30 % der Importausgaben zur Deckung des Bedarfs an Rohöl aufgewendet. Der Rest wird verschlungen von der Einfuhr von Grundnahrungsmitteln, sowie Rohstoffen und Ausrüstungen für die Fabrikation (64 %).²⁴ Zu substituieren wären vor allem die Lebensmittelimporte. Dies setzte jedoch das Vorantreiben der Landreform sowie massive Investitionen im Agrarsektor voraus, wenn nicht sogar die Verwendung der exportorientierten Zuckeranbauflächen für die Lebensmittelproduktion für den Binnenmarkt. Die Maßnahmen aus dem IWF Paket, die vor allem an der Steigerung der Exportproduktion orientiert sind, fördern diese notwendige Umstrukturierung der Landwirtschaft jedoch keineswegs. Im Gegenteil, die importsubstituierende, kaufkraftschaffende und arbeitsplatzfördernde Landreform der Regierung Manley (Operation Grow and Land Lease), die die Umverteilung brachliegender Großgrundbesitzes an Kleinbauern und Landarbeiter beinhaltet, stagnierte angesichts der Kürzungen der Ausgaben der öffentlichen Hand und durch die Verknappung der Kredite der öffentlichen und privaten Banken, die vom IWF durchgesetzt wurden.

(IV) Auswirkungen der IWF Maßnahmen auf Politik und Wirtschaft - 1977 bis 1980

Die Pessimisten hatten es vorausgesagt. Die Ziele, die sich die Regierung Manley unter dem IWF Abkommen gesetzt hatte, wurden keineswegs erreicht, und die Auswirkungen der neuen Wirtschaftspolitik trafen die unteren Schichten der jamaikanischen Bevölkerung besonders hart. Alleine im Jahre 1978 verzeichnete die offizielle Statistik einen Anstieg der Lebenshaltungskosten von fast 50 %. Diese Steigerung entspricht fast genau der Abwertungsrate des jamaikanischen Dollars seit Beginn der IWF Vereinbarungen 1977. Die enge Verknüpfung des Außenhandels mit dem Konsum der jamaikanischen Verbraucher wird hier besonders sichtbar.²⁵ Nicht nur die Erhöhung der Preise für importierte Güter, sondern auch die Auswirkungen eines 180 Millionen Dollar Steuerpaketes, das vor allem die Verbraucher betraf, sowie die Liberalisierung der Preispolitik für Güter des Grundbedarfs im Lande schlugen sich in den genannten Zahlen nieder. Neben der Erhöhung der Verbraucherpreise wirkten sich die Lohnleitlinien der Regierung negativ aus, dies vor allem im öffentlichen Dienst, über den die Regierung mehr Kontrolle ausüben kann als über die widerspenstigen Gewerkschaften in der freien Wirtschaft, die mit einer Welle von Arbeitskämpfen die Reallohnneinbußen wettzumachen suchten und sich auch durch staatliche Schlichtungskommissionen nicht beirren ließen. Allerdings war es auch für sie nicht mög-

lich, angesichts der wirtschaftlichen Lage des Landes die Verluste auszugleichen. Die Stagnation der Industrieproduktion und die Kürzung des Staatshaushaltes ließen die Arbeitslosenquote von 19 % im Jahre 1976 auf über 30 % im Jahre 1980 anwachsen.

Der angestrebte Exportboom läßt heute noch auf sich warten. Die Zuckerproduktion blieb auf dem Niveau der vorangegangenen Jahre und litt 1979 und 1980 zusätzlich unter Hurrikans und Überflutungen, sowie dem fortschreitenden Verfall der technischen Ausrüstung. Im verarbeitenden Sektor war der schon erwähnte weitere Rückgang der Produktion zu verzeichnen. Auch 1979 klagten die Unternehmer über sich häufende Betriebsschließungen. Im Frühjahr 1980 stellten weitere 52 kleinere Unternehmen die Produktion ein und entließen über 2000 Beschäftigte.²⁶ Aus diesen Meldungen läßt sich unschwer entnehmen, daß es besonders die kleinen, kapitalschwachen, für den Binnenmarkt produzierenden Unternehmen sind, die unter dem Kaufkraftschwund der Verbraucher und der Verknappung der Kredite zu leiden haben. Die Impulse für importsubstituierende Produktion, die von der Verteuerung der Importe teilweise erhofft worden waren, reichten nicht aus, um die damit verbundenen Nachteile auszugleichen.

So bleibt als positive Auswirkung des IWF Pakets nur ein Aufschwung in der Tourismusindustrie zu verzeichnen. Doch unter dem Strich ist dieser neue Boom zwiespältig zu beurteilen. Jamaika bietet Kapazitäten für über 500 000 Besucher p.a.. Das Jahr 1975 brachte einen letzten Besucherrekord. Die Besucherzahl reduzierte sich bis 1977 um etwa ein Drittel. Dementsprechend verringerten sich die Einnahmen des Landes. Die z.T. erhebliche Verbilligung der Urlaubsangebote nach der Abwertung hatte zur Folge, daß seit 1978 der Besucherstrom wieder anschwoll und jetzt auch viele Europäer Jamaika als Ziel wählten. Die Flaute der vergangenen Jahre konnte wieder aufgeholt werden. Allerdings stehen steigenden Einnahmen auch steigende Ausgaben für die durch die Abwertung verteuerten Verbrauchsgüter, die das Land den Besuchern bieten muß, gegenüber.

Welche Bedeutung die Auswirkungen der IWF Politik für die Unterstützung der PNP in der Bevölkerung hatten, war schon frühzeitig abzusehen. Im Dezember 1976 konnte die PNP noch 56 % der Wählerstimmen für sich verbuchen. Bereits im Sommer 1977, kurz nach dem Abschluß des ersten Abkommens mit dem IWF und dem Rechtsschwenk der Regierung Manley sank, entsprechend seriöser Meinungsumfragen, die Unterstützung der PNP in der Bevölkerung ab. Den Tiefpunkt erreichte die Stimmung im Juni 1978 mit unter 28 % für die PNP.²⁷ Zu spät erkannte die PNP Führung, daß durch ein konsequentes Festhalten am IWF Paket früher oder später das Land unregierbar werden würde. Als im Januar 1980 die vom IWF geforderten Bedingungen von der BOJ und der Regierung erneut verfehlt wurden, standen zusätzliche verschärfte Austeritätsmaßnahmen, als Voraussetzung für die Vergabe eines weiteren, dringend benötigten Kredits von ca. 180 Millionen US Dollar vor der Tür.

Im März 1980 wandte sich das Präsidium der PNP gegen eine Weiterführung der Verhandlungen mit dem IWF, angesichts der späten Erkenntnis, daß bis zu den anstehenden Parlamentswahlen sonst keine ausreichende Unterstützung mehr bei den Massen zu gewinnen sei. Die Parteirechte hatte vorläufig ihren Einfluß verloren, nachdem ihr mit Recht der Popularitätsverlust der Partei unter der IWF Politik zur Last gelegt werden konnte. Für den Oktober kündigte Manley Neuwahlen an und bildete sein Kabinett um. Mit schnell erbetelten Krediten hoffte man, die Zahlungssituation des Landes bis nach den Wahlen in den Griff zu bekommen und die größten Versorgungsengpässe zu vermeiden. Grundsätzliche Lösungen konnte die PNP jedoch nicht anbieten. Für eine gewisse Blauäugigkeit der Par-

teilingen, die nun die wichtigsten Posten des Kabinetts übernahm, spricht die Reise des neuen Finanzministers Hugh Small nach New York, um von den dortigen Banken, denen das Land einige hundert Millionen Dollar schuldet, eine Stundung der Zins- und Tilgungszahlungen zu erreichen. Wie zu erwarten war, empfahlen ihm die Herren der Wall Street, lieber zum IWF zurückzukehren. Es gelang der PNP nicht mehr, bis zum Oktober bei den Wählern das verlorene Terrain zurückzugewinnen.

(V) Die Haltung der jamaikanischen Bourgeoisie zum IWF Abkommen

Die Bourgeoisie ist in Jamaika gekennzeichnet durch einen hohen Grad an verwandtschaftlicher und wirtschaftlicher Verflechtung untereinander. Etwa 21 Familien beherrschen alle größeren Betriebe und Handelsunternehmen des Landes. Zwischen einer Agrar-, Handels- oder Industriebourgeoisie kann nicht mehr differenziert werden. Alle Teile der Klasse sind sowohl reichlich mit Grundbesitz eingedeckt als auch mit Handelsunternehmen, die Import und Export sowie den Vertrieb auf dem Binnenmarkt der Insel beherrschen. Es kann von einer überaus hohen Konzentration des Kapitals und der Macht gesprochen werden. Diese Entwicklung begann bereits in den Dreißigerjahren, nachdem die traditionelle Agrarbourgeoisie ihre Vorherrschaft verloren hatte. Bis zum heutigen Tag bestehen diese Verhältnisse, und auch acht Jahre unter der PNP-Regierung änderten daran nichts. Dies wird unter anderem von der jamaikanischen Linken als der Hauptfehler der reformistisch orientierten Politik der PNP nach 1972 angesehen. Es kann kein Zweifel bestehen, daß Jamaika auch am Ende der Regierungszeit Manleys ein durch und durch kapitalistisches Land war. Die Meldungen der konservativen in- und ausländischen Presse über sozialistische Verhältnisse in Jamaika sind etwa soviel wert wie die Behauptung, daß die sozialliberale Koalition in Bonn sozialistische Verhältnisse eingeführt hat. Allerdings erwuchs der traditionellen Oligarchie des Landes in der PNP zumindest eine Herausforderung, die der herrschenden Klasse langfristig die Macht streitig machte.

Eine Besonderheit der jamaikanischen Bourgeoisie ist neben der hohen Verflechtung, daß sie einerseits durchaus nationale Interessen verfolgt und diese unter der JLP Regierung bis 1972 auch durch eine Politik der Schutzzölle für die Waren vertrat, die im Lande produziert wurden. Andererseits ist das jamaikanische Unternehmertum eng mit dem ausländischen Kapital – vor allem dem nordamerikanischen und dem britischen – liiert. Ausländische Firmen lassen ihre Geschäfte in Jamaika vornehmlich durch Vertreter des örtlichen Kapitals wahrnehmen. Diese sitzen in allen Aufsichtsräten und Vorständen der Filialen der ausländischen Unternehmen im Lande.²⁸

Das Verhältnis der jamaikanischen Bourgeoisie gegenüber dem Maßnahmenpaket des IWF kann unter den gegebenen Umständen als kritisch bis wohlwollend bezeichnet werden. Die harten Bedingungen, mit denen der IWF die Inlandsnachfrage nach Produkten dämpfte, die von der jamaikanischen verarbeitenden Industrie hergestellt wurden oder die von den jamaikanischen Händlern importiert worden waren, wurden nach dem Abschluß des Abkommens mit dem IWF im Jahre 1978 öffentlich kritisiert. Allerdings war dem jamaikanischen Unternehmertum durchaus angenehm, daß die Chicago Boys des IWF den staatlichen Einfluß auf den Außenhandel reduzierten und die Aufhebung von Preiskontrollen im Lande forderten. Auch wenn für die nationale Industrie zuerst durch die IWF

Maßnahmen keine Erleichterungen zu erwarten waren, so war der IWF doch als Bündnispartner willkommen, um die unbequeme Reformregierung aus dem Sattel zu heben. Von einem Regime der JLP erhoffte man sich vor allem die Verbesserung des Investitionsklimas für die mit der jamaikanischen Bourgeoisie liierten ausländischen Firmen. Obwohl auch innerhalb der PNP Vertreter der jamaikanischen Bourgeoisie einen gewissen Einfluß haben (1972 sogar als Minister im Kabinett Manley) kann man heute davon ausgehen, daß die Oberschicht des Landes ohne Vorbehalte Edward Seagas JLP unterstützt.

(VI) Einige Aspekte der Politik unter der JLP und Edward Seaga

Es ist noch zu früh, um den zukünftigen Kurs der neuen jamaikanischen Regierung genau einzuschätzen. Offenbar schon vor seinem erwarteten Wahlsieg knüpfte Seaga, der neben seinem Amt als Regierungschef auch das Finanzressort übernommen hat, bereits Kontakte zur US Regierung und zum IWF. Sein vehement antikommunistischer Kurs hatte ihn ohnehin für zukünftige Unterstützung aus diesen Lagern prädestiniert. Anfang Dezember weilte nun eine vielköpfige Delegation des IWF in Jamaika, um die Voraussetzung für die Vergabe eines neuen Kredits zu prüfen und festzulegen. Es wird von bis zu 600 Millionen US Dollar gesprochen. Welche Bedingungen mit der Vergabe dieser Kredite verbunden sind, kann bisher nur vermutet werden. Zwar ist zu erwarten, daß die US-Administration unter ihrem neuen Präsidenten Ronald Reagan und der IWF daran interessiert sind, Seagas Regime vorerst zu stabilisieren, indem sie relativ weiche Kreditbedingungen einräumen, doch wird dies die Verschärfung der Probleme der jamaikanischen Wirtschaft nur zeitlich verschieben.

Inzwischen fegt Seaga mit eisernem Besen die Schlüsselpositionen der staatlichen Verwaltung von PNP Anhängern frei und geht daran, die in staatlicher Hand befindlichen Medien zu reprivatisieren. Allen voran die zweite Tageszeitung der Insel, die Daily News, in der bisher progressive Journalisten dem fast überwältigenden Einfluß des JLP nahen Daily Gleaner Konkurrenz gemacht hatten. Die neuesten Pressemeldungen geben eine Aufforderung Seagas wieder, in der er einen »Marshall Plan« für die Karibik fordert, um dieses Gebiet wirtschaftlich zu sanieren und immun gegen »kommunistische« Einflüsse zu machen. Offenbar schwebt ihm eine Art zweites Puerto Rico vor, indem die jamaikanische Bourgeoisie als Juniorpartner der US Konzerne für alle Zeiten gesichert vor linken Kräften ihren Geschäften nachgehen kann. Daß ihre Macht mittelfristig als keineswegs gesichert gelten kann, läßt sich jedoch auch an den Wahlergebnissen ablesen.

Die Massenmedien registrierten den Vorgang am 30. Oktober auch in der BRD mit Kommentaren, die unterstellten, daß die Bevölkerung der Insel der sozialistischen Politik Manleys eine klare Absage erteilt habe. Dies ist jedoch sicher falsch. Das eingangs erwähnte Wahlergebnis kam zustande durch die Anwendung des reinen Mehrheitswahlsystems in Jamaika. So täuscht die Verteilung der Parlamentssitze darüberhinweg, daß die PNP über fast die Hälfte der Wählerstimmen verfügt und die jetzt regierende JLP nur 57 % auf sich vereinigen konnte. Wichtig ist an diesem Wahlergebnis jedoch nicht nur, daß die Niederlage der PNP nicht so hoch ist, wie das den Anschein hatte, sondern daß etwa ein Viertel der Wahlberechtigten, die sich in die Wählerlisten eingetragen hatten, den Urnen fernblieben.²⁹ Es ist keine Spekulation, zu behaupten, daß dies nicht aus politischem Desinteresse geschah. Angesichts der immensen Politisierung der Bevölkerung nach einem langen

und opferreichen Wahlkampf und angesichts der zur Lösung anstehenden dringenden Probleme des Landes deutet alles darauf hin, daß ein erheblicher Teil der Wahlberechtigten zwar mit der bisherigen Politik der PNP unzufrieden war, jedoch auch von der konservativen Alternative keine Verbesserungen erhoffte. Dieses Protestpotential wird Edward Seaga mit seiner jetzt regierenden JLP ins Kalkül ziehen müssen, wenn er den Restaurationsprozeß zu heftig vorantreibt.

Als eine der wichtigsten Gruppen, die das Konzept der JLP beeinträchtigen können, muß die jamaikanische Arbeiterklasse angesehen werden. Man kann davon ausgehen, daß etwa 58 % aller Beschäftigten des Landes Lohnabhängige sind. Hiervon die Mitglieder der Arbeiterklasse im engeren Sinn zu bestimmen, ist relativ schwer, da zu wenig verlässliches Datenmaterial vorliegt. Immerhin sind von diesen 58 % der Beschäftigten 34 % in Gewerkschaften organisiert. Diese zahlenden Gewerkschaftsmitglieder dürften sich zu einem großen Teil decken mit dem auf etwa 44 % geschätzten Anteil der Arbeiterklasse an den lohnabhängig Beschäftigten³⁰. Allerdings ist zu beachten, daß ein großer Teil der Arbeiterklasse nicht in Großbetrieben, sondern in Klein- und Mittelbetrieben verstreut tätig ist. Die höchste Konzentration der Arbeiterschaft ist bei den Landarbeitern in den Zuckerplantagen, in den Bauxitfirmen und in einer handvoll Fabriken in Kingston zu verzeichnen. Für ein Entwicklungsland läßt sich anhand der angeführten Daten folgern, daß der Anteil der Organisierten unter den abhängig Beschäftigten vergleichsweise hoch ist. In der Vergangenheit führte dies unter jeder Regierung zu zahlreichen Arbeitskämpfen.

Die hauptsächliche Schwäche der jamaikanischen Arbeiterklasse ist jedoch ihre Spaltung durch die Existenz zweier großer Gewerkschaften, die jeweils den beiden großen Parteien der Insel verbunden sind. Die enge Verknüpfung der einen großen Gewerkschaft, der BITU mit der JLP führte in den vergangenen acht Jahren zu zusätzlichen Problemen in der Umsetzung der Reform der Zuckerraffinerien durch die Regierung Manley. Allerdings kann es sich keine der beiden großen Gewerkschaften leisten, nur um der befreundeten Partei zu gefallen, auf den Schutz der Interessen ihrer Mitglieder zu verzichten. Unter der Regierung Manley führte dies dazu, daß die nach dem Abkommen mit dem IWF propagierten Lohnleitlinien auch von der »National Workers Union« (NWU), deren Vorsitzender Michael Manley selbst einmal war, nicht akzeptiert wurden und das Land mit einer zunehmenden Welle von Lohnkämpfen zum Erhalt des sozialen Besitzstandes der organisierten Arbeiterklasse überschwemmt wurde. Beide großen Gewerkschaften waren daran gleichermaßen beteiligt. Auch über die Jahre verrät die Statistik, daß die Zahl der geführten Arbeitskämpfe weitgehend unabhängig von der jeweils regierenden Partei war.³¹

Daß Hugh Shearer, bis 1972 Premierminister der JLP Regierung, stellvertretender Vorsitzender der BITU ist und im Kabinett von Edward Seaga nun das Außenressort übernommen hat, läßt auf die enge Verknüpfung der Gewerkschaftsspitze der BITU mit der JLP schließen. Es kann angesichts der Praxis der Vergangenheit jedoch nicht gefolgert werden, daß diese Gewerkschaft einer verschärften Austeritätspolitik unter einem neuen IWF Abkommen oder einem extremen liberalistischen Kurs der Wirtschaftspolitik durch Stillhalten eine solide Basis verschaffen würde. Dafür ist die Gefahr des Überlaufens der Mitglieder zur NWU zu groß.

Die Ära Manley brachte als Folgeerscheinung der politischen Öffnung des Landes nach 1972 mit sich, daß sich erstmals eine links von der PNP stehende Partei konstituieren konnte, deren Organisation und Mitgliederzahl in den Jahren seit 1974 einen bemerkenswerten Aufschwung erzielen konnte. Die »Workers Party of Jamaica« (WPJ), deren politische Cou-

leur man zwischen einer traditionellen kommunistischen Partei und der neuen Linken der Karibik, die aus der Richtung der Black Power Bewegung der Sechzigerjahre kommt, ansiedeln könnte, verfügt noch keineswegs über eine Massenbasis in der Bevölkerung oder der Arbeiterklasse. Sie ist jedoch Ausdruck einer Tendenz, daß sich hier im Zuge neuer verstärkter Durchdringung des Landes durch das ausländische Kapital, durch zunehmende soziale Spannungen und Gegensätze neue politische Alternativen anbieten, die das starre Schema zwischen einer konservativen und einer reformistischen linken Partei durchbrechen könnten.

Zwar hat sich vorerst der »Dominostein« wieder aufgerichtet, wie der Züricher Tagesanzeiger bemerkt,³² doch ist 1980 in Jamaika nicht mehr 1972. Für die jamaikanische Linke und die tiefer ins Elend sinkenden jamaikanischen Massen ist diese Niederlage ein schmerzlicher Rückschlag, der jedoch – so paradox das klingen mag – auch seine guten Seiten hat. Die Linke stand vor einer ausgewogenen Situation: Ein Wahlsieg hätte ihr nichts genützt. Angesichts des auf jeden Fall knappen Ergebnisses wäre Jamaika mit dem zunehmenden Druck von außen unregierbar geworden. Die Linke kann jetzt zusehen, wie die JLP die Kastanien aus dem Feuer holt und sich dabei verschleißt. Falls die Regierung Seaga die Reformprojekte der PNP kappen will und der Bevölkerung neue Austeritätlasten aufzubürden gedenkt, wird sie das Vertrauen der wenigen Prozente hinzugewonnener Wähler schneller verlieren als sie sie der PNP abjagen konnte. Eine restaurative und extrem liberalistische Wirtschaftspolitik ist in Jamaika nicht mehr mehrheitsfähig und könnte nur unter der Knute des Militärs durchgesetzt werden. Dieses steht in Jamaika jedoch dafür nicht in dem Maße zur Verfügung, wie dies für Seaga notwendig wäre. Inzwischen kann sich die Linke regenerieren, alternative Strategien überlegen und die Bewußtseinsprozesse bei den Massen vorantreiben, die heute Jamaika als ein völlig verändertes politisches Pflaster erscheinen lassen gegenüber der Zeit vor dem Amtsantritt der Regierung Manley 1972.

Nicht nur für Jamaika werden von der Entwicklung, die zum Sturz der Regierung Manley führten, bedeutsame Fragen aufgeworfen. Von welcher Seite aus man es auch betrachten mag, es waren letztendlich die langen Schatten der kolonialen Vergangenheit, die der PNP zum Verhängnis wurden. Die wirtschaftlichen Strukturen und damit die Abhängigkeiten vom Weltmarkt und vom Außenhandel waren es, die die Ansatzpunkte für den politischen und wirtschaftlichen Druck boten, der auf die Regierung Manley ausgeübt wurde. Ob in einem Entwicklungsland von der Größe Jamaikas auf Dauer von einer Regierung ein konsequenter Reformkurs durchgehalten werden kann, ist fraglich. Dies gilt auch für Regierungen, die sich auf eine gewonnene Revolution stützen und mehr als nur 56 % der Bevölkerung hinter sich vereinigen können. Ob zwangsläufig nur der cubanische Weg bleibt, der auf massive jahrzehntelange Unterstützung durch finanzkräftige Partner baut, ist eine Diskussion wert.

Anmerkungen

- 1 National Planing Agency: Economic & Social Survey Jamaica 1978. Kingston, 1978, S. 15.4
- 2 ebenda S. 1.10
- 3 ebenda S. 4.6 u. 4.7
- 4 ebenda S. 1.10
- 5 ebenda S. 1.15
- 6 ebenda S. V
- 7 Carl Feuer: Sugar and Jamaica in the twentieth Century, in: *Socialism*, Vol. 6, No. 2 u. No. 3, Kingston, 1979
- 8 Agency for Public Information: *The Bauxite Industry of Jamaica*. Kingston, 1975
- 9 National Planing Agency: Economic Survey Jamaica 1972, Kingston, 1972, S. 46 und, derselbe: *Economic & Social Survey Jamaica 1976*. Kingston 1976, S. 125 und 129
- 10 National Planing Agency: *Economic Survey Jamaica 1972*. a.a.O., S. 116
- 11 derselbe: *Economic & Social Survey Jamaica 1976*. a.a.O., S. 129
- 12 *Caribbean Contact*, Vol. 7 No. 9, Barbados, September 1979
- 13 National Planing Agency: *Economic Survey Jamaica 1972 a.a.O.*, S. 116 und, derselbe: *Economic & Social Survey Jamaica 1976 a.a.O.*, S. 41
- 14 *Daily Gleaner*, Kingston, 6.7. 1980
- 15 National Planing Agency: *Economic & Social Survey 1976*. a.a.O., S. 40
- 16 derselbe: *Economic & Social Survey Jamaica 1978*. a.a.O., S. 12.1
- 17 National Planing Agency: *Economic & Social Survey Jamaica 1976*. a.a.O., S. 40
- 18 *The Jamaica Daily News* vom 16.4. u. 18.6.1978
- 19 *Daily Gleaner* vom 28.3.78
- 20 National Planing Agency: *Economic & Social Survey Jamaica 1978*. a.a.O., S. 3.7
- 21 ebenda S. 4.10
- 22 ebenda S. 1.9 u. 4.10
- 23 ebenda S. 9.1 u. 9.4
- 24 ebenda S. 4.3
- 25 ebenda S. 5.1
- 26 *The Weekly Gleaner*, Kingston, 26.3.1980
- 27 *Caribbean Contact*, Vol. 8 No. 7, Barbados, November 1980
- 28 Stanley Reid: An Introductory Approach to the Concentration of Power in the Jamaican Corporate Economy and Notes on its Origin, in: Carl Stone & Aggrey Brown (Hrsg.): *Essays on Power and Change in Jamaica*. Kingston, 1977, S. 15 ff.
- 29 *Caribbean Contact*, Vol. 8 No. 7 a.a.O.
- 30 Ralph Gonsalves: The Trade Union Movement in Jamaica - Its Growth and some resultant Problems. In Carl Stone & Aggrey Brown: *Essays.. a.a.O.*, S. 89 ff.
- 31 National Planing Agency: *Economic & Social Survey Jamaica 1978*. a.a.O., S. 16.4
- 32 *Tagesanzeiger*, Zürich, 1.11.1980